

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

LANDESVERBAND BRANDENBURG

SPD BRANDENBURG, Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Bündnis Rettet die Familie z.H. Sabine Wüsten und Dr. Johannes Resch Heidigweg 57a 63743 Aschaffenburg

Potsdam, 26. Juni 2019

Sehr geehrte Frau Wüsten sehr geehrter Herr Dr. Resch,

eingangs möchte ich betonen, dass die SPD Brandenburg die Familien in sehr vielen Bereichen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Das haben wir in den vergangenen 30 Jahren so gehandhabt, und auch in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl im September 2019 widmen wir den Familien ein eigenes Kapitel in unserem Wahlprogramm "Wir wollen EIN Brandenburg, das Familien unterstützt und entlastet" (S. 7).

Das Zuhause – für die meisten Menschen ist das der Ort, an dem sie sich niederlassen und eine Familie gründen. Neben guten Arbeitsplätzen interessiert sie vor allem, ob ihre Kinder und Enkel gesund und glücklich aufwachsen können, ob ihnen alle Chancen offenstehen.

Familien sind das Rückgrat unseres Landes. Es sind Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen. Wir sehen es daher als unsere Pflicht an, Familien zu unterstützen und zu entlasten. Heute ist es für viele Menschen schwer, Familie und Beruf im Alltag zu vereinbaren. Deshalb wollen wir Familien durch ausreichende Betreuungsangebote für Kinder in Kitas und Horten sowie durch bessere Möglichkeiten der Pflege weiterhin umfassend unterstützen.

Wir haben uns als SPD stets dafür eingesetzt, dass Erziehungsarbeit im Rentensystem Berücksichtigung findet. Inzwischen können volle drei Jahre für jedes Kind als Erziehungszeiten bei vollen Rentenpunkten anerkannt werden. Damit müssen sich Eltern, die Elternzeit nehmen wollen, zumindest hinsichtlich der gesetzlichen Altersvorsorge für diesen Zeitraum keine Gedanken machen. Im Hinblick auf das Elterngeld sind in den vergangenen Jahren und insbesondere im Vergleich zum Erziehungsgeld große Fortschritte erzielt worden. Hat der Regelbetrag beim Erziehungsgeld zu Beginn der 2000er Jahre noch rund 300 Euro pro Monat betragen, können Eltern heute bis zu 1.800 Euro ihrer vorherigen Nettobezüge für bis zu 14 Monate im Erziehungszeitraum erhalten (bzw. die Hälfte bei 24 Monaten Bezugsdauer).

Auch für Mütter, die inzwischen auf das Rentenalter zugehen und aufgrund von vielen Jahren Kindererziehung ohne Erwerbstätigkeit künftig mit einer Minimalrente auskommen müssten, wollen wir die Grundrente einführen. Mit dieser zollt die SPD der Lebensleistung von Millionen

Menschen Respekt und Anerkennung. Die Brandenburger SPD stützt und unterstützt dabei die Position der Bundes-SPD sowie der zuständigen SPD-Minister der Großen Koalition, dass die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung als wirksames Mittel der Bekämpfung von Altersarmut umzusetzen ist.

"Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern." Dieses grundgesetzlich verbriefte Recht wird selbstverständlich nicht angetastet. Wir werden Eltern nicht vorschreiben, welche Betreuungsform sie zu wählen haben. Es bleibt den Eltern selbst überlassen, ob sie ihre Kinder eigenständig zu Hause betreuen wollen oder ob sie den Besuch einer Kindertageseinrichtung bevorzugen. Für beides gibt es gute Gründe.

Unser vordergründiges Ziel ist es vielmehr, zusätzliche Betreuungsangebote zu schaffen, um insbesondere Familien noch besser zu unterstützen und zu entlasten. Die große Mehrheit der Eltern und insbesondere der Mütter hat großes Interesse daran, einer Berufstätigkeit nachzugehen und ihr Kind gut betreut zu wissen. Für diese Eltern ist ein umfangreiches, wohnortnahes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot essentiell wichtig. Daher wollen wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen und dieses in den kommenden Jahren weiter ausbauen und stärken.

Psychologische und entwicklungspsychologische Inhalte sind bereits jetzt integrale Bestandteile sozialpädagogischer Ausbildungen und Studiengänge. Eine zentrale Erkenntnis dieses Wissenschaftsbereichs ist aus unserer Sicht, dass der frühe Kontakt zu Gleichaltrigen für das Wohl und die Entwicklung des Kindes wichtig ist und einen positiven Einfluss auf dessen weitere Entwicklung hat.

Mit freundlichen Grüßen

Erik Stohn

Generalsekretär